

Sehr geehrter Herr Dr. Bottke,

vielen Dank für Ihre E-Mail und ihr tolles Engagement.

Sehr gerne beantworte ich Ihre Fragen:

1. Warum haben die politisch Verantwortlichen die deutsche Bevölkerung nicht über die Einführung des Euro direkt abstimmen lassen und dementsprechend das Grundgesetz im Vorfeld dieser Entscheidung geändert?

Die Mütter und Väter des Grundgesetzes haben die Bundesrepublik Deutschland als repräsentative, parlamentarische Demokratie verfasst. Das Grundgesetz hat damit die Grundlage für die erste stabile und erfolgreiche Demokratie in der deutschen Geschichte geschaffen. Ich bin kein großer Freund von Volksentscheiden. Vor allem auf Bundesebene haben wir mit der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie die besten Erfahrungen gemacht. Wir sind der Auffassung, dass sich Volksinitiative, Volksbegehren und Volksabstimmung auf der für den Bürger überschaubaren kommunalen und auf der Landesebene bewährt haben. Sie eignen sich jedoch nicht für die komplexeren Verhältnisse auf der Bundesebene.

2. Welche im Bundestag vertretenen Parteien waren damals für und welche gegen die Einführung des Euro?

Bei der Abstimmung über die Einführung des Euro am 23. April 1998 in haben nur 35 Abgeordnete mit Nein gestimmt, und zwar 27 Angehörige der PDS-Gruppe, drei Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion, vier der SPD-Fraktion sowie ein Mitglied der FDP. Außerdem gab es fünf Enthaltungen. Insgesamt saßen 672 Abgeordnete im Bundestag. Hier finden Sie das Plenarprotokoll zur Debatte: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btp/13/13230.pdf>

3. Haben die damals verantwortlichen Politiker versprochen, dass es keine Transferunion geben werde, also dass ein Land für die Schulden eines anderen haftet?

Wir Deutschen haben uns nur auf den Euro eingelassen, weil die Gemeinschaftswährung nach den Spielregeln der D-Mark funktionieren sollte. Die Installation der EZB in Frankfurt am Main steht dafür sinnbildlich. Jeder sollte – sogar durfte - nur für seine eigenen Schulden haften. Dies wurde in der No-Bail-Out Klausel festgehalten.

4. Wurde dies sogar rechtsverbindlich vertraglich festgehalten?

Die No-Bail-Out Klausel befindet sich im Artikel 125 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AUEV).

5. Ist spätestens seit dem Jahr 2010 sowohl gegen das Versprechen gegenüber den Wählern als auch gegen den rechtsverbindlichen Vertrag verstoßen worden?

Eindeutig zweimal ja.

6. Hat Deutschland als mit Abstand größte Volkswirtschaft, der größten Bevölkerung und den ebenfalls höchsten Einlagen bei der Europäischen Zentralbank das gleiche Stimmgewicht wie Malta oder Luxemburg, die nur einen winzigen Anteil im Vergleich zu Deutschland haben?

Jedes Land entsendet den Präsidenten seiner Nationalbank in den EZB Rat. Dort hat jeder das gleiche Stimmgewicht. Im EZB Rat sitzen darüber hinaus noch die Mitglieder des EZB Direktoriums, in dem derzeit mit Asmussen auch ein Deutscher vertreten ist. Deutschland hat also zurzeit zwei Stimmen.

7. Wenn Frage 6 mit ‚Ja‘ beantwortet werden muss: Warum haben deutsche Politiker eine derart ungerechte Regelung zum Nachteil Deutschlands akzeptiert, als die Bedingungen zur Währungsunion verhandelt worden sind?

Dahinter steckt der Gedanke, dass alle Mitglieder im EZB-Rat keine nationalen Interessen verfolgen. Die Unabhängigkeit einer Institution ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie sich an das gegebene Recht und ihren dort definierten Auftrag – nämlich die Geldstabilität - hält. Die EZB sieht sich leider seit geraumer Zeit nicht mehr allein der Inflationsbekämpfung verpflichtet. Erst am 6. Juli hat die EZB den Leitzins von 1,0 auf 0,75 Prozent gesenkt. Der Leitzins war noch nie so niedrig. Die EZB hat kontinuierlich die Bonitätsanforderungen für die Hinterlegung von Sicherheiten abgesenkt. Zweimal hat die EZB die Märkte mit Tendern auf drei Jahre zu ein Prozent in Höhe von 500 Milliarden geflutet. Inflationsbekämpfung sieht anders aus. Eine erhöhte Inflationsrate wird unweigerliche Folge dieser Geschäftspolitik der EZB sein. Die Vorzeichen sind bereits deutlich zu sehen: Entwicklung von Immobilienpreisen an den guten Standorten, die Preise von landwirtschaftlichen und Forstflächen, Gold, Münzsammlungen, Oldtimern usw. zeigen, dass die Flucht in Sachwerte längst begonnen hat. Nicht umsonst mahnt unser Bundesbankpräsident Weidmann unaufhörlich vor den Folgen der derzeitigen EZB-Politik.

8. Haben die Politiker bisher diesen Sachverhalt der Öffentlichkeit in Deutschland offen in den Medien dargelegt? Und wenn ja, wann und in welchem Medium?

Ich kann nur für mich sprechen. Ich habe das Thema mehrmals in der Presse angesprochen. Die Problematik ist bekannt, wird aber nicht von allen so kritisch gesehen wie mir.

9. Sind Sie dafür, dass möglichst bald Deutschland und damit natürlich auch alle anderen Länder der Eurozone ein nach ihren Einlagen gewichtetes Stimmrecht in der Europäischen Zentralbank erhalten? Begründen Sie bitte Ihre Haltung in dieser Frage.

Ja, das befürworte ich uneingeschränkt. Die Verantwortung eines Landes darf sich nicht nur in seinem Haftungsrisiko widerspiegeln sondern auch in seinem Stimmgewicht. Das sind zwei Seiten einer Medaille.

10. Es wird immer wieder von Politikern betont, dass Deutschland als größte Exportnation vom Euro sehr stark profitiere. Begründet wird dies unter anderem damit, dass im Euroraum das Wechselkursrisiko entfällt, also dass deutsche Firmen nicht mehr durch eine Aufwertung ihrer Währung und damit einer Verteuerung der Exporte litten. Wie erklären Sie uns dann, dass prozentual die Exporte in die Eurozone im Vergleich zu den Ländern, die den Euro nicht besitzen, gesunken sind? Eigentlich hätte doch genau das Gegenteil eintreten müssen, wenn die oben genannte Begründung stimmen würde.

Das belegt doch ganz klar, dass unsere Exportwirtschaft nicht von einer gemeinsamen Währung profitiert sondern vielmehr vom gemeinsamen Binnenmarkt.

Immer wieder wird von den Befürwortern der Hilfen für überschuldete Staaten argumentiert, dass dies im deutschen Interesse sei, da wir am meisten vom Euro profitierten. Auf dieser Behauptung basieren alle Rufe nach deutscher Solidarität. Deutschland profitiert zweifellos vom Wegfall der Wechselkursschwankungen. Unsere exportorientierte Wirtschaft spart durch die gemeinsame Währung Kosten der Wechselkursabsicherung. Die Inflation war seit Einführung des Euro niedrig. Aber dies ist kein neuer Trend und schon gar nicht auf die Einführung des Euro zurückzuführen. Die Einführung der neuen Währung hat einige Effekte verstärkt, ist aber nicht ursächlich für diese.

Der Großteil der deutschen Exporte geht in die Europäische Union. Der Export in diese Staaten schlägt sich maßgeblich in unserem Außenhandelsüberschuss nieder. Aber exportiert werden nicht nur Waren und Dienstleistungen, sondern auch Kapital. Deutsche Kapitalströme ins Ausland schlagen sich also auch „positiv“ in der Außenhandelsbilanz nieder, obwohl sie die Investitionsbasis für unsere Volkswirtschaft schmälern. Die Partys in Griechenland, Irland oder Portugal wurden durch solche deutschen Kapitalströme befeuert. Jetzt wird wegen des erhöhten Risikos des Engagements in den Peripheriestaaten das Geld wieder vermehrt in Deutschland investiert. Das verdeutlicht, dass es absurd ist, uns unsere Exportüberschüsse vorzuwerfen. Die Exportüberschüsse werden sich früher oder später automatisch deutlich verringern, wenn unsere Außenhandelspartner erfolgreich ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Vergleicht man unsere Entwicklung mit der Schweiz (außerhalb des Euroraumes), so zeigt sich, dass unser Nachbarstaat auch ohne Einführung des Euros eine ähnliche Entwicklung vorzuweisen hat. Die Schweiz ist durchaus für einen Vergleich geeignet. Beide Länder sind bereits hoch entwickelt. Aufholeffekte gibt es hier ebenso wenig wie in Deutschland. Auch weist unsere Nachbarin ein hohes Maß an Haushaltsdisziplin auf und hat mit dem Franken eine „harte“ Währung wie wir sie damals mit der D-Mark hatten.

Die Inflation ist in der Schweiz wesentlich niedriger als in Deutschland. Die Kaufkraft dort ist wesentlich höher. Und auch die schweizerischen Exporte haben sich positiv entwickelt. 2009 hat Deutschland gut 23% mehr Waren ausgeführt als noch 2002. Im gleichen Zeitraum hat die Schweiz ihre Exporte um fast 25% gesteigert – auch ohne Euro.

Blickt man auf andere Wirtschaftsdaten, zeigt sich ganz deutlich, dass Deutschland eben nicht zu den Hauptprofiteuren der Einführung des Euro gehört. So gehört Deutschland mit zum Schlusslicht bei der Lohnentwicklung in den EU-15 (Europäische Union vor Osterweiterung). Nur Italien hat noch schlechtere Zahlen vorzuweisen. Dasselbe Bild bei den Nettoinvestitionsquoten. Hier ist Deutschland sogar Schlusslicht. (Die Schweiz ist hier fast genauso schlecht, Spitzenwerte erreichen aber Irland, Spanien, Griechenland, auch Portugal liegt hier noch deutlich über dem Durchschnitt der Eurozone.)

Beim Bruttoinlandsprodukt (BIP) sieht es nicht anders aus. In den letzten 15 Jahren ist das deutsche BIP um 20,4% gestiegen. Deutschland belegt hier den vorletzten Platz – schlechter ist nur Italien. Spanien und Griechenland sind im gleichen Zeitraum um fast 50% gewachsen. Die EU-15 liegen im Schnitt immerhin noch bei 29,6%.

11. Haben Sie die Absicht, das Grundgesetz zügig dahingehend zu verändern, dass für die deutschen Bürger möglichst bald die Möglichkeit besteht, direkt über Fragen wie Hilfspakete oder Rettungsschirme verbindlich abzustimmen? Bitte begründen Sie Ihre Haltung in dieser Frage.

Nein. Eine Änderung des Grundgesetzes zur Einführung plebiszitärer Elemente auf Bundesebene strebe ich nicht an. Auch wenn das Ergebnis wohl in meinem Sinne wäre. Plebiszitäre Formen der Staatswillensbildung stellen gegenüber dem parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren kein Mehr an Demokratie dar. Gegenüber der Notwendigkeit zur Reduzierung komplexer Sachfragen auf Ja-Nein-Alternativen im Plebiszit bietet das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren ein größeres Maß an Verfahrensrationalität, Interessenausgleich und Gelegenheit zum Kompromiss. Außerdem stellt es die nach Artikel 79 Absatz 3 Grundgesetz notwendige Mitwirkung der Bundesländer an der Gesetzgebung sicher, die bei nationalen Plebisziten fehlt. Zudem haben die meisten Befürworter von Volksabstimmungen große Probleme damit, die Frage zu beantworten, wie sie sich dazu stellen, wenn solche Volksabstimmungen Mehrheiten z. B. für die Todesstrafe oder die Abschaffung des Asylrechts brächten.

Mit freundlichen Grüßen

Klaus-Peter Willsch MdB

Platz der Republik

D-11011 Berlin